

# Mehr Transparenz und mehr Infos gefordert

Von FDP und UWG in Simmerath. CDU und Grüne lehnen entsprechenden Antrag im Hauptausschuss ab.

VON ANDREAS GABBERT

**SIMMERATH** Mehr Transparenz und mehr Informationen für die Bürger fordern der FDP-Ortsverband und die UWG-Fraktion in Simmerath. Einen entsprechenden Antrag hat der Haupt- und Finanzausschuss der Gemeinde jetzt mit der Mehrheit der Stimmen von CDU und Grünen abgewiesen. CDU und Grüne sehen die Gemeinde in punkto Öffentlichkeitsarbeit gut aufgestellt und weisen darauf, dass eine Ausweitung nur mit zusätzlichem Personal und höheren Kosten möglich wäre.

## Auftritt in Sozialen Medien angeregt

FDP und UWG hatten ihren Antrag damit begründet, dass Informationen der Gemeinde nur „mäßig“ oder gar nicht bei den Bürgern ankommen würden, obwohl diese in Form von Newslettern, Pressemitteilungen, Beschlüssen und Niederschriften aus den Ausschüssen verfügbar seien und es eine Vielzahl von Medien gebe, wovon 16 in dem Antrag aufgeführt wurden. Um das zu ändern hatten sie vorgeschlagen, den E-Mail-Newsletter der Gemeinde ausführlicher zu gestalten, mehr Werbung dafür zu machen und ihn über weitere Kanäle zu verbreiten. Des Weiteren schlugen sie die Einrichtung einer Facebookseite und eines Instagram-Accounts vor. „Gerade in Bezug auf die anstehenden Projekte und Veränderungen sehen wir den Bedarf an mehr Transparenz und der besseren Verbreitung der Informationen in der Bürgerschaft“, war in dem Antrag zu lesen. Verbunden war der Antrag mit der Forderung, entsprechende Vorschläge zu erarbeiten und die erforderlichen Mittel bereitzustellen. „Wir müssen die jüngeren Bürger da abholen, wo sie sind“, sagte UWG-Fraktionsvorsitzender Reinhold Köller in der jüngsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Dafür müsse man sich der Sozialen Medien bedienen, erklärte Köller und verwies auf das in seinen Augen positive Beispiel der Gemeinde Roetgen. „Wir wollen Mittelzentrum werden, dann müssen wir auch so agieren“, meinte Köller.

Bürgermeister Karl-Heinz Her-

## „Gerade in Bezug auf die anstehenden Projekte und Veränderungen sehen wir den Bedarf an mehr Transparenz und der besseren Verbreitung der Informationen in der Bürgerschaft.“

Aus dem Antrag von FDP und UWG



Während FDP und UWG mehr Transparenz und Informationen für die Bürger fordern, sehen CDU und Grüne die Gemeinde Simmerath in punkto Öffentlichkeitsarbeit gut aufgestellt. Die SPD hingegen begrüßt den Antrag.

FOTO: ANDREAS GABBERT

manns (CDU) erklärte, dass die Gemeinde in vielfältiger Weise Öffentlichkeitsarbeit leiste und dass die Bürger bald auch das im Aufbau befindliche Ratsinformationssystem nutzen könnten. „Eine Gemeinde wie Simmerath kann mit dem vorhandenen Personal auf Facebook und Instagram nicht agieren“, sagte Hermanns.

„Absolut daneben“ fand Christoph Poschen (SPD) die Wahl des Wortes Transparenz. „Wer so was verlangt, bringt zum Ausdruck, dass es die nicht gibt“, sagte er. Mehr Öffentlichkeitsarbeit sei grundsätzlich immer wünschenswert, dies koste aber auch Geld, und es werde immer Dinge geben, die nicht beim Bürger ankommen. Mit den Gebührenbescheiden würden nun auch Flyer an die

Haushalte verteilt. „Das ist doch genau das, was sie wollen“, sagte Poschen und erklärte, dass er die Situation als Ortsvorsteher von Einruhr anders wahrnehme. „Bei der Vielzahl der Medien und Informationsmöglichkeiten gibt es nicht nur eine Bringschuld, sondern auch eine Holschuld der Bürger“, betonte Poschen.

Franz-Josef Hammelstein (SPD) stellte fest, dass Transparenz in einer Demokratie immer wichtig sei. „Es gibt hier sicherlich keinen, der sagt, dass wir mehr verschleiern müssen“, meinte er. Die Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde sei gut. Das heiße aber nicht, dass nichts verbessert werden könne. Er wünschte sich, dass mehr Bürger zu den Sitzungen kommen würden, wo die Entscheidungen getroffen wür-

den. „Wenn wir mehr Transparenz schaffen, können wir vielleicht mehr Bürger dazu bewegen“, sagte Hammelstein. Im Namen der SPD sprach er sich dafür aus, einen Maßnahmenkatalog von der Verwaltung erarbeiten zu lassen und dann nochmals über das Thema zu beraten. „Vielleicht kann man es wirklich optimieren.“

Auch sein Fraktionskollege Stephan Kaever begrüßte den Antrag der von FDP und UWG. Nicht jeder habe Internet und es sei überlegenswert, ob Informationen noch auf anderem Wege verbreitet werden könnten. Außerdem habe nicht jeder die Möglichkeit, die Sitzungsvorlagen zu verstehen. „Es gibt auch leichte Sprache“, sagte Kaever. Da gebe es noch einiges zu tun, um das Angebot zu verbessern.

Klaus Stockschlaeder (Grüne) hatte den Eindruck, „dass die Bürger infotechnisch bis Oberkannte Unterlippe versorgt sind“. Es gebe eher zu viele Informationen. Das Problem sei, diese zu sichten und damit umzugehen. „Wir haben nicht nur eine Bringschuld, es gibt auch eine Holschuld“, meinte auch er und hielt fest: „Solange niemand Fragen stellt, müssen wir nicht alles beantworten.“ Außerdem gebe es mit dem Ratsinformationssystem bald eine weitere Informationsmöglichkeit.

## Internet, Zeitung, Schaukästen

Bürgermeister Hermanns erklärte abschließend, der Anteil der Menschen ohne Internet werde von Tag zu Tag kleiner. Viele Informationen seien in der Tageszeitung nachzulesen. In den Ortschaften gebe es Schaukästen mit Bekanntmachungen und er biete regelmäßige Sprechstunden an. „Wer sich für Politik interessiert, kann nicht

behaupten, er würde nicht informiert“, betonte er.

Am Ende beschloss der Ausschuss mit den Stimmen von CDU und Grünen, keine Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit vorzunehmen und festzustellen, dass die Gemeinde schon jetzt in vielfältiger Form über das kommunale Geschehen in Simmerath informiert und dies durch die anstehende „Öffnung“ des Ratsinformationssystems für alle Interessierten noch weiter ausdehnen wird.

## ANGEMERKT

### Zeitungsleser wissen mehr

Der Ruf nach größerer Transparenz und mehr Informationen ist eine Forderung, die jeder Journalist sofort unterschreiben würde. Der Antrag von FDP und UWG verfolgt aber den falschen Ansatz. Wenn auf Kosten der Steuerzahler Personal eingestellt wird, das sich um die Öffentlichkeitsarbeit der Gemeinde kümmert, bedeutet das noch nicht, dass die Bürger besser informiert werden. Eine unabhängige Berichterstattung darf man dann nicht erwarten. Das liegt in der Natur der Sache. Es ist auch gar nicht die Aufgabe von Kommunen, über politische Entwicklungen zu berichten. Das sieht auch der Bundesgerichtshof so, der in einem Grundsatzurteil festgestellt hat, dass Kommunen keine presseähnlichen Veröffentlichungen herausgeben dürfen. Das ist die Angelegenheit von Journalisten. Wir verarbeiten Informationen professionell, wir übersetzen die manchmal schwer verständlichen Sitzungsvorlagen, die häufig sperrigen Begriffe und Aussagen von Politikern und Fachleuten in eine allgemeinverständliche Sprache, wir berichten frei und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Transparenz. Deshalb wissen Zeitungsleser häufig mehr.

ANDREAS GABBERT



# Sanierung der Nidegger Altstadt als nationales Projekt

Verwaltung und Ratsmehrheit hofft auf knapp 14 Millionen Euro Bundesförderung, um das Zentrum zu sanieren

VON VOLKER UERLINGS

**NIDEGGEN** Ende des vergangenen Jahres musste es schnell gehen. Der Nidegger Stadtrat hörte aus dem Mund von Bürgermeister Marco Schmunkamp (parteilos) von einem Bundesförderprogramm, das ausgesuchten „Nationalen Projekten des Städtebaus“ eine enorme Finanzspitze injiziert: 90 Prozent nämlich. Der Rat beschloss mit 18:10 Stimmen, sich um diese Mittel zu bewerben und in der denkmalgeschützten Nidegger Altstadt einen echten Sanierungs-Rundumschlag auf den Weg zu bringen: mit Stadtmauersanierung, barrierefreiem Ausbau, Ertüchtigung des Kopfsteinpflasters und des Marktplatzes sowie einem Mehrgenerationenpark. In dieser Woche gab es nähere Informationen zu den Plänen, die sich auf 15,5 Millionen Euro Gesamtkosten summieren – und weiter auch kritische Stimmen im Ausschuss für Stadtentwicklung und Tourismus.

Die Gelegenheit käme der Stärkungspaktkommune wie gerufen, denn der Eigenanteil von gut 1,5 Millionen Euro hätte in der kleinen Stadt gewaltige Gesamtinvestiti-

onen zur Folge und müsste nicht auf einen Schlag, sondern auf Jahre verteilt aufgebracht werden. „Bei

der Stadtmauer sind wir in der Verkehrssicherungspflicht, da müssen wir handeln“, sagte Schmunkamp

im Ausschuss. Und: „Wir haben die einmalige Chance, 90 Prozent an Fördermitteln zu bekommen.“

Kämmerin Carola Gläser wurde noch konkreter: Wenn die Kommune das „Sorgenkind Stadtmauer“ über die normale Denkmalförderung finanziert, „würden wir allein für diese Mauer das Budget benötigen“, also 1,5 Millionen Euro. Bei erfolgreicher Bewerbung im Bundesförderprogramm „sanieren wir dafür eine ganze Innenstadt“.

Das Selbstbewusstsein von Bürgermeister und Verwaltung stützt sich auf die Tatsache, dass der Nidegger Stadtkern einer von 56 historischen in Nordrhein-Westfalen ist, von der Lage ganz zu schweigen. Außerdem soll das Projekt „Zwischen Nideggers Toren“ auf kleinstem Raum Natur, Geschichte und Denkmalschutz erlebbar machen. Diesen Optimismus teilt nicht jeder in der Kommunalpolitik. Erwin Fritsch (Menschen für Nideggen). „Ich traue mich nicht, dem zuzustimmen“, sagte er angesichts der für die Stadt großen Summe von 1,5 Millionen Euro sowie Folgekosten. Außerdem kann er sich nicht vorstellen, dass die Fördergeber die nationale Bedeutung Nideggers ebenfalls erkennen. Gudrun Zentis kritisierte, dass die darge-

stellten Einzelprojekte meist nur mit Kostenschätzungen hinterlegt seien, das sei „ein Blick in die Glaskugel“. Eduard Müllejans (SPD) warb dafür, den entstehenden Mehrwert Nideggers durch die Rundumsanierung und die positiven Folgen für den Tourismus zu sehen. Auch er sieht zudem das Problem Stadtmauer: „Irgendwann fällt die um!“

## Bewertung im April

Im April liegt laut Bürgermeister Marco Schmunkamp eine Bewertung der Nidegger Projektskizze vor. Fällt sie positiv aus, hat die Stadt etwa ein halbes Jahr Zeit, die einzelnen Projektbestandteile zu konkretisieren, bevor die endgültige Entscheidung über die Verteilung der Fördergelder fällt. Die Verwaltung habe sich bei ihren Vorschlägen, zu denen auch ein „Baumwipfelpfad“ zwischen Nationalparktor, Jugendherberge und Zülpicher Tor gehört, von einem Grundsatz leiten lassen: „Wie sah Nideggen vor dem Zweiten Weltkrieg aus?“ Daran sollen sich die Sanierungspläne orientieren. Eine Bürgerinformation ist ebenfalls vorgesehen.



Zülpicher Tor in Nideggen mit Blick in die Altstadt.

FOTO: ARCHIV DZ/DN